

Eine bodenlose Krise

Michel Husson

Zur Zeit der Abfassung dieses Artikels erschüttern zwei schwere Krisen den Kapitalismus und versetzen die Börsen in den Sinkflug: die Krise der Staatsverschuldung in Europa und die Ungewissheit über den Schuldendeckel in den Vereinigten Staaten. Höchstwahrscheinlich werden sich die betroffenen Regierungen kurz vor dem Abgrund noch einmal retten können.

Dennoch zeigen diese extremen Spannungen, dass die Krise drei Jahre nach Ausbruch noch lange nicht beigelegt ist und die Rechnung dafür, die zuerst auf die öffentlichen Haushalte abgewälzt wurde, nun der Bevölkerung serviert wird. In diesem Beitrag soll Bilanz gezogen werden über die jüngsten Entwicklungen im Kapitalismus, um dann die Folgen für die durch die Krise eröffnete Phase zu untersuchen.

... UND DIE PROFITRATE STEIGT

Dabei scheint doch alles zum Besten zu stehen, wenn man den Profit zum Maßstab des Kapitalismus nimmt. Die Gewinnspanne, mit anderen Worten der Anteil der Profite am Mehrwert, erholt sich. In den Vereinigten Staaten, wo sie zuerst eingebrochen war,¹ liegt sie heute beinahe wieder auf dem Niveau von vor der Krise. In der Euro-Zone kam der Einbruch später und die Erholung erfolgt langsamer: die Gewinnspanne befindet sich heute auf dem Wert von vor zehn Jahren, womit die Steigerung des letzten Jahrzehnts zumindest vorläufig dahin ist (Grafik 1). Doch die Profite weisen in Richtung Anstieg.

Übrigens ist das einer der auffälligsten Züge der Konjunktur: Während überall Sparprogramme beschlossen werden, die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau verharrt und die Löhne eingefroren sind oder sinken, galt die Hauptsorge der großen Unternehmensgruppen und Banken der erneu-

ten Ausschüttung von Dividenden und Boni.

Das Wachstum zeigt dagegen ganz andere Ergebnisse. Man muss sich damit abfinden: Auch das Wachstum des BIP ist ein nützlicher Indikator zur Beurteilung der Gesundheit des Kapitalismus (nicht zu verwechseln mit Wohlstand). Selbst wenn letztlich die Profitrate das entscheidende Kriterium ist, kann diese sich nach der Krise kaum langfristig erholen, wenn sich keine Absatzmöglichkeiten auftun. Aus dieser Sicht war die große Frage, ob die Rezessionsdelle überwunden würde. Auf den ersten Blick waren drei Szenarien denkbar: das Aufholen der Tendenz vor der Krise, anhaltende Verluste oder sogar steigende Verluste.

Die neuesten verfügbaren Daten zeigen, dass die meisten Länder anhaltende Verluste ausweisen.² Im ersten Quartal 2011 liegt das BIP mancher Länder noch unter dem Niveau von vor der Krise, etwa in Japan, Großbritannien, Spanien und Italien. Die USA,

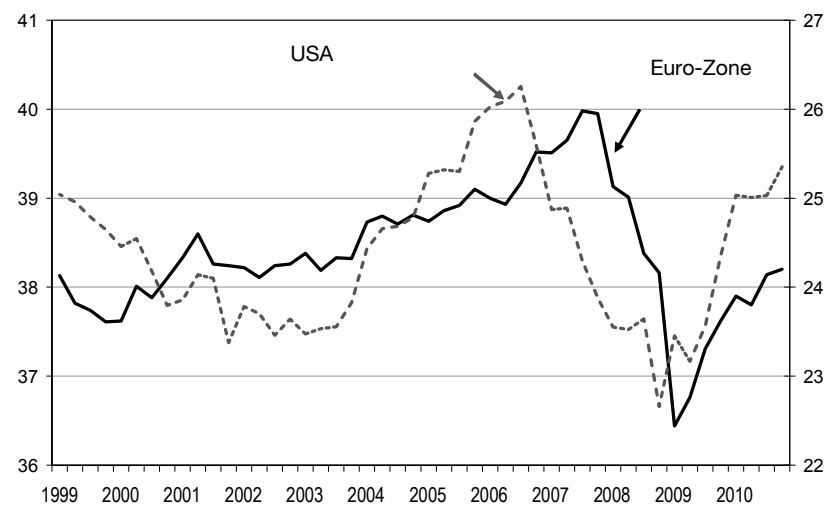
Deutschland und Schweden erreichen knapp dieses Niveau und Frankreich ist nicht mehr weit davon entfernt. Betrachtet man die Konjunktur unter diesen Gesichtspunkten, lassen sich ein paar allgemeine Trends erkennen.

Europa bricht auseinander. Während Frankreich, Schweden und Deutschland die Delle überwunden haben, gilt das für viele andere EU-Länder wie Spanien, Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Großbritannien nicht, die dauerhaft abgehängt wurden oder Mühe mit der Wiederankurbelung der Wirtschaft haben.

Die alten kapitalistischen Länder hinken hinterher. Die USA haben vorläufig zum Wachstumsrhythmus zurückgefunden, den sie vor der Krise hatten. Die Europäische Union als Ganzes tut sich schwerer und hat das Loch noch nicht gestopft. Japan ist weit davon entfernt, sein BIP befindet sich seit der Atomkatastrophe wieder im Sinken. Dagegen befinden sich die beiden aufstrebenden Märkte (China und Indien) weiterhin im Auf-

² Detaillierter in: „Pertes de PIB et facture de crise“, note hussonet Nr. 935, Juli 2011.

Grafik 1
Der Profit in Europa und den USA



In Mehrwertprozent

¹ Siehe „La baisse de la profitabilité des entreprises a précédé la crise financière“, note hussonet Nr. 8, September 2009.

Quelle: Eurostat, Bureau of Economic Analysis.

Anm.: Die Niveaus sind aufgrund unterschiedlicher Definitionen und Auswahlbereiche nicht miteinander vergleichbar.

schwung und wurden von der Krise kaum erfasst. Andere, wie Brasilien, Korea und Russland, haben einen stärkeren Einbruch erlebt.

Die Arbeitslosigkeit setzt sich fest. Die Vereinigten Staaten und Europa zeigen dasselbe Bild. Obwohl das Wachstum wieder anzieht, sinkt die mit der Krise gestiegene Arbeitslosenrate nicht wieder. (Grafik 2)

Die Rechnung ist noch nicht beglichen. Offenbar lassen sich die Wachstumseinbrüche also nicht auffangen. Selbst wenn die Vereinigten Staaten und Europa wieder zu ihrem früheren Wachstumsrhythmus zurückfänden, könnten die „Gewinnausfälle“ also nicht mehr aufgefangen werden. Deren Höhe lässt sich durch Vergleich zwischen den effektiven BIP und dem Wert ermitteln, den das BIP ausweisen würde, wenn sich der Vorkrisentrend fortgesetzt hätte. Die Differenz beträgt rund 8 Prozent in der Euro-Zone und 6 Prozent in den USA. Das BIP der USA beträgt rund 15 000 Mrd. Dollar, jenes der Euro-Zone rund 9400 Mrd. Euro bzw. 12 000 Mrd. Dollar. In beiden Fällen liegen die Gewinnausfälle also bei rund 900 Mrd. Dollar (750 Mrd. Euro).

Diese BIP-Ausfälle äußern sich in der steigenden Verschuldung der öffentlichen Hand. In der Euro-Zone ist diese zwischen 2008 und 2010 um 980 Mrd. Dollar gestiegen. In den USA ist sie in derselben Periode noch stärker

gestiegen, nämlich um 3200 Mrd. Dollar.

Verkürzt lässt sich festhalten: Der „BIP-Verlust“ drohte den Schuldenberg zum Einsturz zu bringen. Zur Schadensbegrenzung haben die Staaten Gewinnausfälle auf sich genommen. Nun stellt sich die Frage, wie sie mit diesen Schulden umgehen sollen, wobei natürlich versucht wird, die breite Mehrheit der Bevölkerung zur Kasse zu bitten. Dieser Plan stößt jedoch auf diverse Probleme, und diese Ungewissheit wird noch lange spürbar bleiben und macht eine Rückkehr zum früheren Wachstum noch unwahrscheinlicher. Wenn nichts geschieht, um diese Schulden infrage zu stellen, könnte sich der Abbau des Schuldenbergs genauso lange hinziehen, wie er entstanden ist. Das Wachstum wäre in dem Maße gebremst, wie es vor der Krise künstlich belebt wurde. Daneben spricht etwas Grundlegenderes dafür, dass das Wachstum in den beiden bedeutenden Polen der kapitalistischen Wirtschaft dauerhaft schwächer bleiben wird: Das US-Modell kann nicht mehr wie bisher funktionieren, und die Euro-Zone ist in eine dauerhafte strukturelle Krise gerutscht.

GRENZEN DES US-MODELLS

Die ganze Logik des US-Modells wird aus Grafik 3 ersichtlich, die erklärt, warum das Modell an seine Grenzen stößt. In der Grafik werden zwei Kurven miteinander verglichen: Die erste ist die

Sparquote der privaten Haushalte (in Prozent ihres verfügbaren Einkommens). Sie ist seit Beginn der 1980er-Jahre bis zum Ausbruch der Krise tendenziell gesunken. Während der ganzen Zeit (ein Vierteljahrhundert) haben die durchschnittlichen Haushalte also einen steigenden Anteil ihres Einkommens aufgebraucht.

Für diese sehr markante Entwicklung gibt es außerhalb der Vereinigten Staaten nichts Vergleichbares. Sie entspricht zweierlei Mechanismen, die von den verschiedenen sozialen Kategorien unterschiedlich in Anspruch genommen wurden. Erstens dem Reichtumseffekt: Da mein Finanz- oder Immobilienvermögen an Wert zunimmt, muss ich weniger sparen und kann gemessen an meinem Einkommen mehr konsumieren. Und zweitens der Überverschuldung: Mein Einkommen stagniert, aber ich verschulde mich, um weiterhin konsumieren zu können. Manche einkommensstarken Haushalte verschuldeten sich übrigens, um an der Börse zu spekulieren. Dieses Phänomen hat stark zum BIP-Wachstum beigetragen, das durch den Mehrkonsum angetrieben wurde.³ Doch nicht jedes beliebige Land hätte ein solches Modell übernehmen können. Es führt zu einer negativen Handelsbilanz, wie in der zweiten Kurve zu erkennen ist.

Die durch den Konsum der Haushalte belebte Binnennachfrage steigt tendenziell rascher als die nationale Produktion. Die Differenz wird durch erhöhte Importe ausgeglichen, die das Handelsdefizit vergrößern. Das Modell war nur funktionsfähig, solange die Finanzierung dieses Defizits der restlichen Welt aufgehalst werden konnte. Deshalb verlaufen die beiden Kurven (Sparquote und Handelsdefizit) der Grafik für die gesamte Periode 1980–2006 mehr oder weniger parallel.

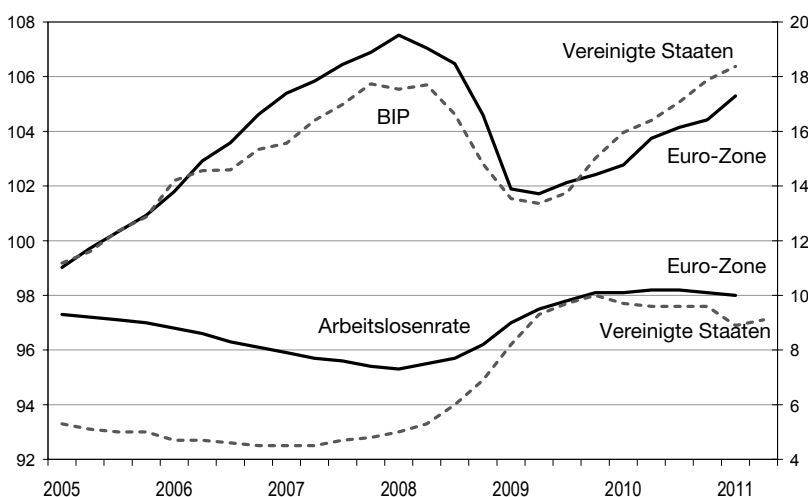
Diese Korrelation ist kein Zufall, sondern ergibt sich aus einer wesentlichen Rechnungsgleichung, die man „Ausgleichsregel“⁴ nennen könnte und die wie folgt lautet: Private Ersparnis + Haushaltssaldo = Handelsbilanzsaldo.

Die private Ersparnis entspricht der

³ Für eine detailliertere Analyse des US-Modells, siehe Michel Husson, „Etats-Unis : la fin d'un modèle...“, *La Brèche* Nr.3, 2008 und „Chine–USA. Les lendemains incertains de la crise...“, *Nouveaux Cahiers Socialistes* Nr. 2, Montreal, 2009.

⁴ Siehe „Les limites (comptables) du modèle US“, *note hussonnet* Nr.36, Juli 2011.

Grafik 2
Wachstum und Arbeitslosigkeit in Europa und den USA



Quelle: OECD

kumulierten Ersparnisse von Unternehmen und Privathaushalten. Erstere sind im Normalfall negativ (die Unternehmen verschulden sich), letztere positiv (insgesamt sparen die Privathaushalte mehr, als sie sich verschulden), doch die Summe aus beiden kann positiv oder negativ ausfallen.

Dagegen ist die der Haushaltssaldo im Allgemeinen defizitär. Die Gleichung drückt die Tatsache aus, dass der Handelsbilanzsaldo der Summe aus privater Ersparnis und Haushaltssaldo entspricht. Fällt sie negativ aus, bedeutet das, dass das Zahlungsbilanzgleichgewicht durch Kapitalimporte gewährleistet wird. Mit anderen Worten ist es die restliche Welt, die den Sparbedarf des entsprechenden Landes deckt. Im Fall eines Handelsbilanzüberschusses tritt das Gegenteil ein: Das Land (Staat + Haushalte + Unternehmen) weist einen Überschuss an Ersparnis aus, den es in Form von Kapitalausfuhr im Austausch gegen seinen Handelsbilanzüberschuss exportieren kann.

Folglich gehen die sinkenden Sparquoten der US-Haushalte natürlich mit einer Erhöhung der Handelsbilanz einher. Die anderen zu berücksichtigenden Faktoren (Unternehmensverschuldung und Budgetdefizit) spielen dagegen eher eine zweitrangige Rolle. Dennoch sind sie in Grafik 3 ebenfalls ersichtlich. Während der 90er-Jahre ist eine sinkende Sparquote der Haushalte zu beobachten, das Handelsbilanzdefizit stabilisiert sich aber tendenziell. Dafür gibt es einen einfachen Grund: Im Verlauf dieser Periode hat sich die Haushaltsbilanz erheblich verbessert. Es ist von einem Defizit von -5 Prozent des BIP im Jahr 1992 auf einen Überschuss von 2,6 Prozent im Jahr 2000 gestiegen, bevor es mit dem Platzen der Internetblase, Bushs Steuergeschenken und den Militärausgaben erneut nach unten ging. Mit der Krise und Konjunkturprogrammen sinkt es noch weitere in den Abgrund: Heute liegt das Budgetdefizit in einer Größenordnung von 10 Prozent des BIP.

Dieses buchhalterische Verhältnis bestätigt sich immer, doch das sagt noch nichts darüber aus, wie genau das geschieht. Es gibt keinen Faktor, dem sich die übrigen anpassen; jeder reagiert nachträglich auf die anderen. Am wichtigsten ist jedoch, dass der Ausgleich unvereinbar ist mit jeglicher Wachstumsrate. Im Fall der USA

kann dieses Gleichgewicht nur um den Preis einer Wachstumsrate erzielt werden, die niedriger ist als vor der Krise.

Dennoch lassen sich (ebenfalls in Grafik 3) Anzeichen eines positiven Zyklus in der jüngsten Periode feststellen. Nach Einsetzen der Krise hat die Sparquote der Privathaushalte zu sinken aufgehört und sogar um 4 BIP-Punkte zugelegt. Das hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Handelsbilanz im gleichen Umfang. Auf den ersten Blick handelt es sich um eine gute Entwicklung, da dies bedeutet, dass die Wirtschaft der Vereinigten Staaten weniger stark auf ausländisches Kapital zurückgreifen muss. Doch ergibt sich folgender Widerspruch: Da die sinkende Sparquote in den Vereinigten Staaten das Wachstum angekurbelt hat, bedeutet ihr Wiederanstieg, dass nicht mehr auf diese Unterstützung gesetzt werden kann.

Ebenfalls in Betracht zu ziehen ist das wachsende Budgetdefizit, das so hoch ist wie nie im letzten Jahrhundert (ca. 10 Prozent des BIP). Kein Wunder, dass die Budgetpolitik heute einer der zentralen Konfliktpunkte zwischen Demokraten und Republikanern ist. Hier tut sich ein neuer Widerspruch auf: Der Sparbedarf, ob vom Privatsektor oder dem öffentlichen Defizit ausgehend, wird immer schwerer von den Kapitaleinnahmen gedeckt werden können.

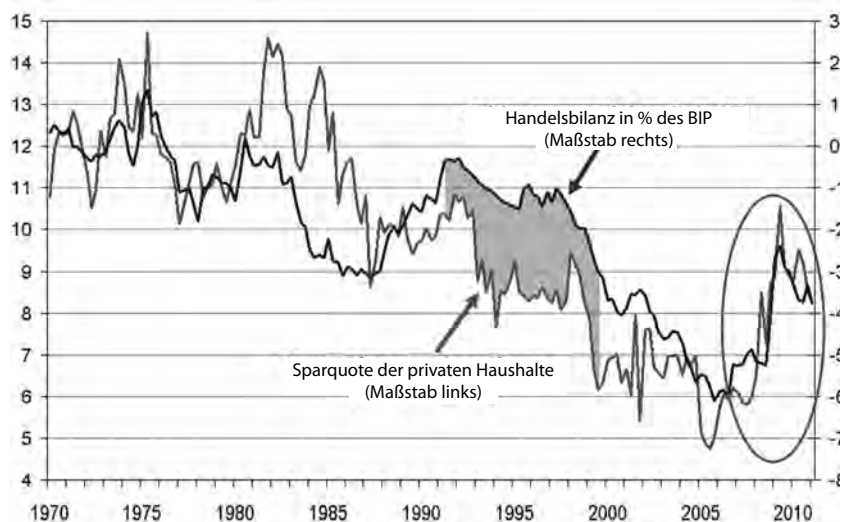
Auch hier liegt die Rentabilitätsschwelle bei einem niedrigeren Wachstumsniveau, mit den damit verbundenen politischen und sozialen Proble-

men, insbesondere durch die ebenfalls historisch hohe Arbeitslosenrate, die zwischen März und Juni von 8,8 auf 9,2 Prozent gestiegen ist. Rechnet man die entmutigten Erwerbslosen und die Teilzeitbeschäftigten auf Suche nach einem Vollzeitjob hinzu, ist heute jeder sechste Arbeiter von Arbeitslosigkeit betroffen.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, wie dieses angespannte System gelockert werden könnte. Die erste bestünde darin, das US-Exportwachstum zu fördern, was ein zusätzliches Wachstum ohne Vertiefung des Handelsdefizits erlauben würde. Dieses Ziel könnte durch Investitions- und Innovationsbemühungen erreicht werden, doch in der gegenwärtigen Konjunktur sind die Investitionen wenig dynamisch und die transnationalen Unternehmen ziehen wenn schon, dann Auslandsinvestitionen vor. So bleibt nur die kontinuierliche Abwertung des Dollars, die die US-Erzeugnisse wettbewerbsfähiger machen würde. Doch diese Tendenz könnte an ihre Grenzen stoßen, Zweifel am Dollar-Kurs wecken und zu einer Verknappung nötiger externer Finanzmittel führen, um die Defizite zu decken. Dieser Weg ist also mit grundlegenden Unsicherheiten behaftet.

Eine andere Lösung könnte in einer substanziellen Änderung der Einkommensverteilung liegen. Seit Anfang der 1980er-Jahre wurden die wachstumsbedingten Mehreinnahmen von einem sehr begrenzten Bevölkerungsteil in Anspruch genommen. Zwischen 1982

Grafik 3
Sparquote und Handelsdefizit 1970–2010



und 2007 stieg das Durchschnittseinkommen um 18 900 Dollar. Doch diesen Einkommenszuwachs haben sich die reichsten 10 Prozent zu 81 Prozent angeeignet.⁵

So wäre auch ein geringeres Wachstum annehmbar, wenn es besser verteilt wäre, so dass die Löhne wie die Produktivität der Arbeit ansteigen würden. Unmittelbar würde eine radikale Steuerreform den Abbau des Defizits erlauben, indem die Nutznießer dieses Vierteljahrhunderts der Ungerechtigkeit zur Kasse gebeten würden. Offenkundig lässt sich eine solche Lösung mit dem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis jedoch nicht durchsetzen. Unter diesen Umständen werden die Vereinigten Staaten vermutlich versuchen, gegenüber dem Rest der Welt den Fortbestand ihres Wohlstands durchzusetzen. Doch auch das ist nicht möglich, denn es kollidiert mit dem Rückgang des Kapitals, das bereit wäre, das Auslandsdefizit der Vereinigten Staaten zu finanzieren. In China und einem guten Teil der aufstrebenden Märkte werden sich die Überschüsse übrigens auch in dem Maß reduzieren, wie deren Ökonomien sich auf die eigenen Binnenmärkte konzentrieren und sich der Handel dieser Länder untereinander intensivieren wird.

DIE KRISE BÜRGERLICHER ORDNUNGSPOLITIK IN EUROPA

Von der Krise hätten eigentlich Kapitalismuskritiker politisch profitieren müssen. Die Wirklichkeit sieht leider anders aus: Die radikale Linke kann sich nicht wirklich verbreitern, die Sozialdemokratie und die Rechte wechseln sich in Wahlen ab, während die nationalistische Rechte rundum punktet. Die Ursachen dafür hängen mit dem systemischen Charakter der Krise zusammen, zu der sich in Europa noch die spezifischen Widersprüche des unfertigen Aufbaus [der europäischen Einheit] gesellen. Man kann hier von Bumerangeffekt des neoliberalen Aufbaus Europas und des Entscheids zur Einheitswährung sprechen. Diese wurde im Wesentlichen als Mittel der Lohndisziplin entwickelt. Da nicht mehr mit Wechselkursen gespielt werden kann, wurden die Löhne die

einzigste Anpassungsvariable, um mehrere nationale Ökonomien in ein und derselben Währungszone zusammenzuführen. Doch dieses System ist inkohärent und enthält zwei Ausweichvariablen. Wer Einheitswährung sagt, sagt nominale Konvergenz der Zinssätze, im vorliegenden Fall nach unten. Das führte zum perversen Effekt, dass ein Land, das seine Preise schlecht in den Griff bekommt, von einem real noch schlechteren Zinssatz profitiert, was die Entwicklung eines auf Verschuldung gründenden Wachstums fördert. Zudem verschwindet mit der Einheitswährung per definitionem der rückwirkende Effekt des Handelsdefizits auf die Währung eines Landes. Spanien hat von diesen beiden Auswirkungen profitiert und ein starkes Wachstum verzeichnet, das zu einem spektakulären Rückgang der Arbeitslosigkeit führte. Doch dieses Wachstum stützte sich auf einen unkontrollierten Immobilienboom und ein beeindruckendes Handelsdefizit.

All das konnte mehr recht als schlecht funktionieren, doch mit der Krise wurden die Unstimmigkeiten des neoliberalen europäischen Modells offenkundig. Europa befindet sich jenseits der tagtäglichen Handwerkerlei an einem Scheideweg: Entweder es tut einen Schritt in Richtung Föderalismus, der unmittelbar erlaubt, die Schulden gemeinsam zu tragen, oder die Eurozone bricht auseinander. Da die europäischen Bourgeoisien nicht bereit sind, die eine oder die andere Lösung auf sich zu nehmen, bedeutet dies eine ausgesprochen schwere Krise. Noch dazu kann von einer vereinten europäischen Bourgeoisie nicht wirklich gesprochen werden, da es weder ein europäisches Kapital noch einen europäischen Staat gibt.

Es gilt der Einfachheit halber zwischen vier „Akteuren“ zu unterscheiden: den großen transnationalen Unternehmensgruppen, den Banken, der Finanz und den Regierungsvertretern der herrschenden Klassen. In einer Reihe von Fragen besteht unter diesen weitgehend Einigkeit, wenn es um wesentliche Klasseninteressen geht. In der gegenwärtigen Konjunktur besteht die gemeinsame Perspektive darin, die Situation umzukehren und die Krise für eine Schocktherapie zu nutzen. Die Krise bietet die Gelegenheit, im Sozialabbau noch weiter zu gehen: durch Abbau der

öffentlichen Ausgaben, Einfrieren der Löhne, Rentengegenreformen etc.

Doch die Interessengemeinschaft schützt nicht vor inneren Widersprüchen, die durch die Krise zugespitzt werden. Sie können anhand von zwei Achsen analysiert werden, in denen sich einerseits die Staaten und die Kapitalien und andererseits die Finanz und andere kapitalistische Fraktionen gegenüberstehen. Die gegenwärtige Lage ist aus Sicht der herrschenden Klassen geprägt durch die wachsende Unfähigkeit, die Widersprüche in den Griff zu kriegen.

Die Krise der Staatsverschuldung verrät den ersten Widerspruch. Das Kapital kümmert sich im Allgemeinen nicht mehr um die Konjunktur im einen oder anderen Land, da seine wichtigste Sorge seiner Rentabilität und seinen Marktanteilen gilt. Doch weder die Absatzmärkte noch die Produktionsketten binden die transnationalen Gruppen an ein bestimmtes Territorium, selbst wenn sie sich im Fall von Schwierigkeiten an ihren Bezugsstaat wenden. Im globalisierten Kapitalismus reduziert sich die Rolle des Staates immer mehr darauf, allgemeine Rentabilitätsbedingungen zu gewährleisten. Carlos Ghosn, CEO von Renault, kann etwa in der *Financial Times* (2. Juni 2010) erklären, dass „Renault kein französischer Autobauer mehr ist“, schwächt seine Aussage aber gleich ab, indem er daran erinnert, dass „Renault französisch ist und seine Basis in Frankreich hat“ (*Europe 1*, 13. Juni 2010).⁶ Und tatsächlich ist es der französische Staat, der seinen Autobauern die nötigen Mittel vorgestreckt hat, als sie sich in einer schwierigen Lage befanden. Wir befinden uns nicht mehr im globalen Kapitalismus, wie ihn vor nahezu einem Jahrhundert Bucharin⁷ beschrieben hat, als es noch möglich war, Staaten und Kapitalien miteinander in Deckung zu bringen.

Die große Neuerung besteht darin, dass die transnationalen Gruppen eine globale Ausrichtung haben und sich nicht mehr auf den nationalen oder auch europäischen Rahmen beschränken. Bucharin sprach noch von ei-

⁶ Zitiert nach Claude Jacquin in einem beachtenswerten Artikel: „Crise industrielle : de quoi parle-t-on ?“, *Les Temps Nouveaux* Nr. 3, 2011.

⁷ Nikolai Bucharin, *Imperialismus und Weltwirtschaft*, 1917.

⁵ Quelle: *When Incomes Grow, Who gains?*, Economic Policy Institute.

ner „höhere[n] Stufe des Protektionismus“, den er in der „staatlichen Formel für die Wirtschaftspolitik der Kartelle“ sah. Die Dinge haben sich gewandelt, und man kann ihm nicht vorhalten, die Veränderungen des Kapitalismus nicht vorausgesehen zu haben. Ähnliches gilt für die Verteidiger der „Entglobalisierung“, die einen Handelsprotektionismus vorschlagen, als gäbe es die Globalisierung in der Produktion nicht. Diese neue Lage schafft eine tiefe Asymmetrie: Die Staaten sind im Dienst „ihrer“ Kapitalien, doch diese sind befreit von der Notwendigkeit eines dynamischen Binnenmarkts. Derweil müssen die Staaten trotzdem weiterhin die Klassenverhältnisse im Inneren jedes Landes managen. Insbesondere kommt ihnen heute die Verantwortung dafür zu, ihren Bürgern die Kosten der Krise aufzuhalsen.

Ein zweiter Widerspruch besteht zwischen der Finanzwelt, den Banken und den Staaten. Er tritt heute besonders stark zutage, da die Finanz gegen die Staatsverschuldung spekuliert und damit die Banken indirekt in den Konkurs zu ziehen droht, da diese einen großen Teil dieser Schulden halten. Die Abgrenzungen zwischen den drei Akteuren (Banken, Finanz, Staaten) sind natürlich fließend und ausgesprochen undurchsichtig. Dennoch sind es gerade diese Interessenkonflikte, die zur extrem instabilen Lage beitragen. Die Diskussionen, die innerhalb der europäischen Bourgeoisien stattfinden, zeigen diese tiefe Krise der bürgerlichen Herrschaft, die von der Befürchtung, wenn nicht Panik, herrühren, welche Auswirkungen es hätte, sollte Griechenland seine Schulden nicht mehr bedienen können. Die Regierungen fahren auf Sicht, mit zwei Zielen: Ihrer Bevölkerung die Rechnung für die Krise zu servieren und gleichzeitig den Konkurs ihrer Banken zu verhindern. Dabei gehen sie ein doppeltes Risiko ein: Durch den unvermeidlichen Ausfall der griechischen Schulden drohen den Banken Verluste, die sie im Übrigen nur schlecht abschätzen können. Ein guter Teil der Ökonomen in den Banken arbeiten heute mit realistischeren Stresstests als den offiziellen Simulationen, die bestenfalls Unterhaltungswert haben. Die Ergebnisse sind so beunruhigend, dass zahlreiche Banken beschlossen haben, den Schock vorwegzunehmen, indem sie

eine kontrollierte Umschuldung der griechischen Schulden bis zur nächsten Fälligkeit akzeptiert haben. Doch ein anderer, von der EZB vertretener Standpunkt lehnt ein solches Vorgehen strikt ab. Die EZB befürchtet, dass dieses Modell auf andere geschwächte Länder für noch viel umfangreichere Kredite als die griechischen ausgeweitet wird. Die dogmatische Haltung soll vor allem helfen, Zeit zu gewinnen, um „die Finanzmärkte zu beruhigen“, in der Hoffnung, die Lage in den gefährdeten Ländern würde sich beruhigen.

Sicher ist jedenfalls, dass niemand auch nur einen Augenblick daran glaubt, dass Griechenland seine Schulden bedienen kann. Das betont auch der Kommentator von *Bloomberg*:⁸ „Selbst wenn Griechenland einen neuen Rettungsplan erhalten und sich seine Wirtschaft wieder beleben würde, müsste die Regierung mindestens drei Jahrzehnte lang einen Primärüberschuss – außerhalb des Schuldendienstes – von 5 Prozent des BIP herausholen, um die Schulden auf höchstens 60 Prozent des BIP zu senken, wie dies die Regeln der Euro-Zone vorschreiben. Ein solches steuerliches Husarenstück ist ausgesprochen selten, selbst auf fünf Jahre hin, und das gilt erst recht für Griechenland.“⁹ Der jüngste Rettungsplan ändert nur am Rande etwas an dieser Feststellung.

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE SACKGASSE

Zumindest vorübergehend hat die Krise sozialdemokratischen Ansätzen wie dem Keynesianismus, der Regulierung von Finanz, Banken und dem Kapitalismus insgesamt, der Rückkehr staatlicher Interventionen, der Rolle des Sozialstaats bei der Dämpfung der Rezession, der Forderung nach gerechterer Verteilung von Einkommen und Steuern etc. einen neuen Auftrieb verliehen. Die Krise schien die Sozialdemokratie zu begünstigen, und so ist es wichtig zu verstehen, warum sich ihr politischer Spielraum nicht erweitert, sondern verengt hat.

Diskutieren kann nur, wer zuhört, und der französische Präsident ist bestens in der Lage, quasi-globalisie-

rungskritische Vorschläge aufzugreifen. Dem müssen Taten folgen, und das ist nicht unbedingt der Fall. Die europäische Sozialdemokratie war und ist ebenfalls einem Stresstest unterworfen, den sie nicht gut bestanden hat. Ein Musterbeispiel dafür ist der sozialistische griechische Regierungschef Papandreou, der ein absolut klägliches Krisenmanagement an den Tag legt. Er hätte sich hart geben und sagen können: „Griechenland kann nicht zahlen, also muss man diskutieren.“ So hat das Argentinien gemacht, als es 2001 die Bedienung des Schuldendienstes aussetzte und eine Neuverhandlung seiner Schulden durchsetzen konnte. Doch Papandreou hat buchstäblich gekuscht und diskussionslos alle Forderungen der „Troika“ (EZB, IWF, EU) akzeptiert.

Papandreou ist kein Einzelfall. Dasselbe gilt beispielsweise für Zapatero und die europäischen Abgeordneten, die mit den Grünen und den Liberalen einen Bericht der sozialistischen französischen Abgeordneten Pervenche Berès angenommen haben.¹⁰ Unter den darin enthaltenen Empfehlungen findet sich diese Auswahl: Der Bericht fordert „Maßnahmen zur Überwindung der zurzeit mangelnden Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen“, „begrüßt den Grundsatz eines europäischen Semesters der Koordination der Wirtschaftspolitik“ und „unterstreicht die Notwendigkeit der Öffnung der öffentlichen Märkte auf einer transparenten, gegenseitigen Grundlage“.

Man müsste den ganzen Wortlaut zitieren. So heißt es etwa: „der Steuerwettbewerb ist in dem Maß akzeptabel, als er die Fähigkeit der Mitgliedstaaten nicht beeinträchtigt, Steuern einzunehmen, die sie vernünftigerweise zu Recht erwarten können, und erinnert daran, dass Lösungen gefunden werden müssen, um den schädlichen Steuerwettbewerb möglichst zu verringern.“ Dieses neue Konzept des schädlichen Steuerwettbewerbs wird zweifellos in die Geschichte eingehen.

Das insbesondere für Frauen bestehende Armutrisiko wird zwar erwähnt, doch die Schlussfolgerung ist seltsamerweise ein Aufruf an die „bestehenden Nichtregierungsorganisationen“. Angesichts der Einsparungen im

8 *Bloomberg*, 29. Juni 2011.

9 Siehe „Pertes de PIB et facture de crise“, *note hussionet* Nr. 35, Juli 2011.

10 *Rapport sur la crise financière, économique et sociale: recommandations concernant les mesures et initiatives à prendre*.

Sozialbudget beschränkt sich der Bericht auf die Aussage, „es könne auch wünschenswert sein, die Dienstleistungen im öffentlichen Sektor zu schützen und folglich das bestehende Maß an sozialer Absicherung beizubehalten“, selbst wenn es natürlich „nötig ist, den öffentlichen Finanzhaushalt zu konsolidieren“. Der Konjunktiv („könnte wünschenswert sein“) sagt alles. Obwohl ein paar spannende Ansätze enthalten sind, sind diese mit einer berührenden Ängstlichkeit vorgebracht. So übt der Bericht beispielsweise fürchterlichen Druck auf die Kommission aus, von der er fordert, sie „solle über ein zukünftiges System von Euro-Obligationen („Euro-Bonds“) nachdenken“.

In Frankreich haben sich die beiden wichtigsten SP-Kandidaten hinter das Sparprogramm gestellt. François Hollande tut dies sehr klar: „Wir müssen bis 2013 eine ausgeglichene öffentliche Rechnung erreichen. (...) Ich sage das nicht, um irgendeinem Druck der Märkte oder der Rating-Agenturen nachzugeben, sondern weil es die Voraussetzung dafür ist, dass unser Land wieder zu Selbstvertrauen zurückfindet.“ Martine Aubry folgt seinem Beispiel und verpflichtete sich ebenfalls auf die „3 Prozent bis 2013 (...), denn das ist heute die Regel.“¹¹

Diese fürchterliche Formulierung („denn das ist heute die Regel“) ist vielsagend und liefert den Schlüssel zur vertrackten Lage, in der sich die Sozialdemokratie befindet. Zusammengefasst könnte man sagen, jedes authentisch sozialdemokratische Programm würde ein höheres Maß an Konfrontation mit der Bourgeoisie erfordern, wozu die Sozialdemokratie nicht bereit ist.

Angesichts der Krise kann die Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht im stillen Kämmerchen auf der Grundlage von Modellen und Theorien ausgeheckt werden. So gibt es beispielsweise eine sogenannte postkeynesianische Schule¹², dass eine arbeitnehmerfreundliche Einkommensverteilung, verbunden mit einer eingeschränkteren Aktionärsmacht positive Auswirkungen auf das Wachstum und die Beschäftigung

haben würde. Auch wenn diese Beiträge nützlich sind, um auf die Ursachen der gegenwärtigen Krise zu verweisen, unterschätzen sie doch deren systemischen Charakter. Insbesondere berücksichtigen sie nicht, dass die wachsenden sozialen Bedürfnisse und die Kriterien des Kapitalismus, auch wenn er sich der Finanz entledigen würde, immer mehr auseinanderklaffen.

Die momentane Realität sieht so aus, dass jeder fortschrittliche Krisen Ausgang eine direkte Konfrontation mit der Logik des Kapitals erforderlich machen würde und damit eine hohe Konfliktbereitschaft. Die erwähnten Beispiele zeigen im Grunde, dass die sozialdemokratischen Programme unter einem Mindestmaß an Radikalität, das sie verweigern, sich nur marginal von der neoliberalen Logik unterscheiden.

VERBAUTE PERSPEKTIVEN

Jede Rezession erzeugt Spannungen und Widersprüche, die sich in der Steuerung der Wirtschaftspolitik zeigen, die wieder an das Wachstum anknüpfen will. Das gilt insbesondere für die jüngste „große Rezession“, doch diese ist auch ein Symptom einer systemischen Krise: Der Kapitalismus kann nicht mehr funktionieren wie bisher. Eine Rückkehr zum *Business as usual* oder zum regulierten Kapitalismus des Wirtschaftswunders nach dem Weltkrieg ist nicht möglich.

Die durch die Krise eröffnete Phase zeichnet sich somit durch weitreichende Unsicherheiten aus. Der Kapitalismus sucht einen Ausweg auf seine Weise, ist damit aber mit folgenden Hindernissen konfrontiert, die ich in einem früheren Artikel als Dilemmata bezeichnet habe.¹³

1. das Verteilungsdilemma: Die Wiederherstellung des Profits steht im Widerspruch zum erneuten Aufschwung des Wachstums und verbindet sich tendenziell mit einer ungleichen Reichumsverteilung, die jedoch selbst eine der tieferen Ursachen der Krise ist.

2. das Budgetdilemma: Die Auflösung der öffentlichen Defizite setzt einen Abbau der öffentlichen Ausgaben

voraus, der abgesehen von den sozialen Folgen die rezessiven Tendenzen zur verschlimmern kann. „Die Sparprogramme drohen den Wiederaufschwung noch weiter hinauszuzögern“, heißt es in einem kürzlich erschienenen Bericht der UNO.¹⁴

3. das europäische Dilemma: Angesichts des dreifachen Neins – zur gemeinsamen Übernahme der öffentlichen Schulden, zu einem realen Beitrag der Banken und zur Ordnungspolitik für die Finanz – ist ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone durch eine Kette von Ausfällen nicht ausgeschlossen.

4. das Globalisierungsdilemma: Die Ungleichgewichte können nur aufgelöst werden, wenn das weltweite Wachstum abgeschwächt wird. Der bereits zitierte UNO-Bericht hält fest, dass „der weltweite Wiederaufschwung durch die hochindustrialisierten Ökonomien gebremst wurde“, und betont das Risiko eines „nicht koordinierten Ausgleichs der Weltwirtschaft“.

Die vier Dilemmata hängen eng miteinander zusammen. Sie zeichnen eine „chaotische Regulierung“ des Kapitalismus, der dauerhaft unfähig ist, einen Ausweg aus der Krise zu weisen, der mit den zutiefst widersprüchlichen Interessen vereinbar wäre. Nur soziale Mobilisierungen können verhindern, dass der Kapitalismus versucht, aus der Krise zu kommen, indem er noch weiter Sozialabbau betreibt und die Spannungen zwischen Ländern aufs Schlimmste anheizt. Das setzt aber voraus, dass sich diese Mobilisierungen an Alternativen orientieren können. Da diese ein hohes Maß an Konfrontation bedeuten, besteht die historische Aufgabe heute darin, die Einheit der Kräfte der radikalen Linken rund um ein Programm zu erreichen, das eine Verbindung zwischen Widerstand gegen die Sparpolitik und Zielen des Bruchs mit der Logik eines in Schieflage geratenen Systems herstellt.

Aus *Inprecor*, 28. Juli 2011

Übersetzung: tigris

11 Laurent Mauduit, „Adieu Keynes! Vive Raymond Barre!“, *Mediapart*, 19. Juli 2011.

12 Da sie auf der Linie von Autoren wie Michał Kalecki, Joan Robinson und Luigi Pasinetti liegt.

13 Michel Husson, „La nouvelle phase de la crise“, *ContreTemps* Nr. 9, 2011.

14 *Situation et perspectives de l'économie mondiale*, UNO, 2011. Die Zitate sind der französischen Zusammenfassung des Berichts entnommen.